

Rede
des FDP-Landesvorsitzenden und Innovationsministers
des Landes Nordrhein-Westfalen
Prof. Dr. Andreas Pinkwart

auf dem Innovationskongress Schule und Bildung
am Samstag, 21. Juni 2008 in Neuss

Sperrfrist: Samstag, 21. Juni 2008, 10.30 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf unserem zweiten Innovationskongress der nordrhein-westfälischen FDP heiÙe ich Sie sehr herzlich willkommen. Die Innovationskongresse leisten für uns einen wichtigen Beitrag, mit Blick auf die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit nachhaltige und zukunftsweisende Antworten zu entwickeln.

Im Mittelpunkt einer freien Bürgergesellschaft steht der Einzelne mit seinen individuellen Fähigkeiten, Wünschen und Zielen. Liberale wollen eine Teilhabegesellschaft. Jeder muss die Chance erhalten, sich seinen Platz im Berufsleben zu erarbeiten und am gesellschaftlich-kulturellen Leben aktiv mitzuwirken.

Teilhabe und Wohlstand für alle

Jeder muss die Chance erhalten, seinen Beitrag für Wohlstand und soziale Sicherung einzubringen. Deshalb sehen wir die soziale Verantwortung des Staates vor allem darin, durch beste Bildungsangebote die größten Chancen für jeden Einzelnen zu erhalten. Das erfordert enorme Anstrengung und höchste Qualität im Kindergarten, in der Schule, in der Ausbildung, im Studium und als Erwachsener immer wieder neu in der Weiterbildung.

Bildung ist auch der entscheidende Treibstoff für Deutschland insgesamt: Kluge Köpfe und gute Ideen – Humanressourcen sind für die Wirtschaftsdynamik unseres Landes wichtiger als das Sachkapital. Das macht sich besonders bemerkbar, wenn wir wie jetzt auf dem Arbeitsmarkt nach qualifizierten Fachkräften Ausschau halten müssen.

Das Gute an Bildung ist: dieser Rohstoff ist ein nachwachsender – dann muss man ihn aber auch aussähen, gieÙen und pflegen. Im internationalen Wettbewerb steht zumindest eines fest: Unseren volkswirtschaftlichen wie auch den individuellen Wohlstand und die Teilhabechancen jedes Einzelnen können wir nur ausbauen, wenn wirklich auch jeder an besten Bildungsangeboten partizipieren kann und für die Aufgaben im Arbeitsleben bestmöglich vorbereitet wird.

Bildung ist Bürgerrecht

Für uns Liberale steht deshalb fest: Bildung ist ein Bürgerrecht. Dieses Bürgerrecht nimmt alle mit in die Verantwortung: Kommunen, Länder und den Bund. Was wir brauchen sind beste Rahmenbedingungen, eine hoch entwickelte Bildungslandschaft und klare Prioritäten für Bildung in den öffentlichen Haushalten.

Das Bürgerrecht auf Bildung bezieht aber nicht nur den Staat, sondern auch jeden Einzelnen in die Verantwortung mit ein. Wenn wir uns als Gesellschaft die hohen Ansprüche an Lebenshaltung und unseren Wohlstand insgesamt erhalten und ausbauen wollen, muss jeder seinen individuellen Beitrag hinzutun.

Im Zentrum aller Bemühungen stehen natürlich die Kinder und Jugendlichen. Hier geht es um Werte in unserer Gesellschaft, Lebenstüchtigkeit im Alltag, Qualifikationen für ihr Berufsleben und

den emanzipierten Umgang mit kulturellen Gütern. Unser Anspruch ist, alle ihre Anlagen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu entfalten und sie zu individueller Leistung wie zu gesellschaftlicher Verantwortung zu motivieren. Bildung für Beruf und Praxis sowie allgemeine Bildung haben für uns den gleichen Wert.

Wir arbeiten für die Eltern, die zu Recht ein verlässliches und qualitativ hochwertiges Bildungssystem fordern, das ihren Kindern vielfältige Optionen für die Zukunft öffnet. Wir sind Partner der Lehrerinnen und Lehrer, die für ihre Förderung und Forderung junger Talente hohen Respekt verdienen. Wir unterstützen die Kommunen dabei, auch in Zeiten des demographischen und gesellschaftlichen Wandels leistungsfähige regionale Bildungslandschaften zu erhalten.

Die Aufholjagd geht weiter

Sie alle wissen, wo Nordrhein-Westfalen vor noch drei Jahren stand:

- mit der roten Laterne in der Hand am Ende aller Bildungsrankings.
- mit dem höchsten Unterrichtsausfall, dem höchsten Lehrermangel, starren Strukturen und wenig Verantwortung für Schulen und Lehrer.

Bereits heute sind wir einen enormen Schritt vorangekommen. Wir haben schnell umgesteuert und eine Trendwende erreicht: Nordrhein-Westfalen hat das modernste Schulgesetz, mehr Leistungsorientierung in Schulen und Unterricht, deutlich mehr Lehrer und den Unterrichtsausfall halbiert. Erst in dieser Woche haben wir im Landeskabinett die Eigenverantwortung der Schulen wirksam gestärkt und bisherige Modellprojekte auf alle Schulen ausgeweitet. Die Schulleitungen können ab dem nächsten Schuljahr Lehrer selbst einstellen und mehr pädagogische Freiheiten ausfüllen.

Wir bekommen deutlich mehr Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen, alle förderbedürftigen Vierjährigen erhalten gezielte Sprachförderung und die Ganztagsangebote werden in Nordrhein-Westfalen nachhaltig ausgebaut. In nur zwei Jahren haben wir die Anzahl der Ganztagsgrundschulen mehr als verdoppelt. Die Anzahl der Haupt- und Förderschulen im Ganztagsbetrieb ist bereits vervierfacht.

Diese Zwischenbilanz zeigt: Wir halten in Nordrhein-Westfalen, was wir versprochen haben: Kinder fördern statt Steinkohle. Für uns gilt aber ebenso: Die Aufholjagd muss weiter gehen.

Barrieren abbauen für bessere Bildungschancen

Das wichtigste in der Bildungspolitik ist es, dass wir Barrieren beseitigen – alte Grabenkriege um die vermeidlich unüberbrückbaren Systemfragen überwinden. Wir wollen eine neue Offenheit, einen Weg der Vernunft, um maßgeschneiderte Schulpolitik in den Kommunen möglich zu machen.

Die Schulform ist für Liberale kein Selbstzweck, sondern eine aus dieser Zielsetzung abgeleitete Größe. Angesichts der demographischen Entwicklung und den steigenden Qualitätsanforderungen am Arbeitsmarkt, sind wir offen für Weiterentwicklungen unseres mehrgliedrigen Schulsystems.

Wir nehmen uns daher die Freiheit, über neue Formen der Zusammenarbeit von Haupt-, Real- und Gesamtschulen bis hin zu einer differenzierten Regionalschule zu diskutieren, wie ich es mit meinem Vorschlag für eine „regionale Mittelschule“ als Säule neben dem Gymnasium angeregt habe.

Und wir nehmen uns ebenso die Freiheit, der von SPD und Grünen aus rein ideologischen Gründen propagierten Einheitsschule eine klare Absage zu erteilen. Es würde unsere Schullandschaft eher zurückwerfen, wenn wir Nordrhein-Westfalen in eine Grundsatzdiskussion über ein komplett neues Schulsystem stürzen würden. Individuelle und begabungsgerechte Förderung für jeden einzelnen erreichen wir nicht durch eine Einheitsschule und ebenso wenig

durch ein staatlich verordnetes Einheitssystem. Was wir brauchen ist ein pragmatischer Weg der Vernunft.

„Schluss mit dem ideologischen Streit“ forderten vor einem halben Jahr Wissenschaftler, Bildungsforscher, Lehrer und Politiker in der „Zeit“. Und Recht haben sie. Der nationale Bildungsbericht, der letzte Woche vorgestellt wurde, hat genau diese Herausforderung analysiert: Auch wir wollen ein Schulsystem, das durchlässiger wird – und zwar vor allem für die Aufwärtsbewegung.

Was wir wollen sind mehr Eigenverantwortung für pragmatische Lösungen vor Ort, keine staatliche Gängelei. Wir wollen die pädagogische, personelle und finanzielle Autonomie und damit im Ergebnis die Qualität der Schulen durch ein „Schulfreiheitsgesetz“ nach dem Vorbild unseres Hochschulfreiheitsgesetz weiter wirkungsvoll erhöhen.

Wir wollen das Gymnasium stärken und seinen Charakter als Vorbereitung auf eine Hochschulausbildung forcieren. Unterstützt wird dieser Weg mit einem bereits begonnenen Ausbau von Ganztagsangeboten.

Durch den demographischen Wandel und den veränderten Elternwille wird sich unser Schulwesen regional immer stärker unterscheiden. Weniger Schüler und ein Rückgang der Übergangsquoten zur Hauptschule stellen uns vor eine besondere Herausforderung: Denn unser Ziel muss es sein, auch in Zukunft für jeden Schüler ein begabungsgerechtes und wohnortnahes Schulangebot bereit zu halten.

Wir meinen, dass wir hierzu das differenzierte, begabungsgerechte Bildungssystem weiterentwickeln müssen. Und das wollen wir nicht durch neue Vorgaben aus Düsseldorf, sondern durch eine Erweiterung der Entscheidungsfreiheit vor Ort. Wo sich in den Kommunen kein Veränderungsbedarf ergibt, wollen wir diesen auch nicht aus Düsseldorf verordnen.

Die Landesregierung hat erst diese Woche beschlossen, die Kooperation in regionalen Bildungsnetzwerken zu stärken. Das Modellprojekt „Selbstständige Schule“ war richtig! Jetzt geht es darum, die positiven Erfahrungen für alle Schulen zu nutzen und weiterzuentwickeln. Daraus entstehen riesige Potentiale, in dem die beteiligten Akteure in den Regionen, vor allem die Schulen und die Wirtschaft, besser zusammenwirken. Wir wollen, dass vorhandene Ressourcen optimal eingesetzt und aufeinander abgestimmt werden.

Der nationale Bildungsbericht zeigt auf: Fast 80.000 Jugendliche verlassen die Schule ohne einen Abschluss. Und es besteht noch ein zweites Problem: Der Übergang von Schule in die Ausbildung dauert zu lange. Gerade diejenigen, die erst über Umwege zu einer betrieblichen Ausbildung kommen, haben später die geringsten beruflichen Perspektiven.

Für die FDP ist es eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung: Vorschule und Schule müssen so hinreichend ausgestaltet werden, dass jedes Kind die Schule mit einem Abschluss verlassen kann. Das ist das Mindeste, was wir der jungen Generation garantieren sollten.

Und: Schülern mit einem berufspraktischen Abschluss müssen wir einen schnelleren und verlässlichen Übergang in die Berufsausbildung ebnen. Dafür brauchen wir landesweit regionale Bündnisse für Bildung zwischen Schule, Wirtschaft und Sozialverbänden – nach dem Vorbild des Iserlohner Modells, wo die Wirtschaft jedem Schulabgänger einen Ausbildungsplatz garantiert.

Schule ist zu aller erst eine Veranstaltung für die Schüler und nicht für Lehrerverbände, Gewerkschaften und Politiker. Im Mittelpunkt steht für uns der einzelne Schüler mit seinen Fähigkeiten und Begabungen. Die Kinder müssen pädagogisch sinnvoll, so individuell und differenziert wie möglich gefordert und gefördert werden. Dafür brauchen wir motivierte Schüler und Lehrer, beste Lehreraus- und Weiterbildung und engagierte Eltern.

Und wir brauchen Schulen, die mit ihrer Ausstattung – gerade auch was Naturwissenschaft und Technik betrifft – auf dem neuesten Stand sind.

Beste Lehrer Aus- und Weiterbildung

Großen Handlungsbedarf sehen wir bei der Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Der nationale Bildungsbericht macht deutlich: Wenn wir nicht jetzt den Lehrerberuf und die anderen pädagogischen Ausbildungen neu und attraktiv gestalten, werden uns in erheblichen Maße qualifiziertes Personal in Schulen und in der frühkindlichen Bildung fehlen.

In Nordrhein-Westfalen beginnen wir mit einer Neuausrichtung der Studiengänge mit Bachelor- und Masterabschluss und frühzeitiger Praxiserfahrung. Unser Ziel ist es, die pädagogischen Kompetenzen deutlich zu stärken, ohne dabei die Fachlichkeit zu vernachlässigen.

Der Lehrerberuf ist einer der anspruchsvollsten und für unsere Gesellschaft einer der Wichtigsten überhaupt. Wir wollen deshalb die Fortbildung massiv ausbauen und auch hier neue Wege gehen. Wenn wir zu mehr Qualität in den Schulen kommen wollen, brauchen wir einen kraftvollen Qualitätssprung bei der Lehrerfortbildung.

Denn: Das Fachwissen und die Methoden erneuern sich in immer kürzeren Abständen. Darauf muss Schule unbedingt reagieren. Und gerade, wenn wir auch die Wirtschaft ermutigen wollen, mehr in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zu investieren, sollte der Staat bei den Schulen mit Vorbild vorangehen.

Wir wollen allen Lehrerinnen und Lehrern die Möglichkeit eröffnen, neben den unterrichtsbegleitenden Fortbildungsmaßnahmen und den Summer Schools einen zusätzlichen Baustein zu nutzen. Wir schlagen vor, ein Fortbildungssemester einzuführen. Alle zehn Jahre soll es jeder Lehrerin und jedem Lehrer ermöglicht werden, sich ein halbes Jahr in den Ausbildungszentren der Hochschulen fortzubilden, sich mit der neusten Fachdidaktik vertraut zu machen und neue Impulse für den Unterricht zu erhalten. Das ist eine riesige Kraftanstrengung für das Land. Das ist gleichfalls eine riesige Chance, die wir nutzen sollten: Für unsere Schülerinnen und Schüler wollen wir die besten Schulen - in ganz Deutschland.

Mehr Geld für Bildung

Beste Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Alle staatlichen Ebenen, sowie die Privaten müssen ein Interesse daran haben, möglichst viel in die Bildung, Aus- und Weiterbildung zu investieren. An den Bildungsausgaben lässt sich immerhin der Stellenwert ablesen, welcher der Bildung in einer Gesellschaft beigemessen wird.

Der aktuelle Bildungsbericht der Bundesregierung macht dabei aber eines deutlich: Die Bildungsausgaben in Deutschland wachsen deutlich unterproportional. Haben Bund, Länder, Kommunen und die Privaten im Jahr 1995 noch 6,9 Prozent in Bildung investiert, sind wir heute auf 6,2 Prozent zurückgefallen.

Es muss unsere Aufgabe sein, dass diese Kurve wieder nach oben zeigt. Denn auch im OECD-Vergleich investiert Deutschland weit weniger als unsere Nachbarn. Gerade im Wettbewerb mit anderen Industrie- und Wissensnationen dürfen wir auf keinen Fall den Anschluss verlieren.

Bund und Länder stehen in der gemeinsamen Verantwortung

Deshalb muss Bildung nicht nur ein Mega-Thema werden sondern gehört bei den öffentlichen Haushalten auch an die erste Stelle. Es hilft keinem, wenn wir in Deutschland über Kompetenzen streiten und das Gegeneinander mehr kultivieren als die gemeinsame Kraftanstrengung. Liberale stehen für einen Wettbewerbsföderalismus, für einen ambitionierten Wettbewerb der Länder um die besten Ergebnisse und um die erfolgreichsten Bildungskonzepte.

Uns ist dabei aber wichtig, dass wir das lähmende Gegeneinander von Bund und Ländern überwinden. Für die Bildung sehen wir eine gemeinsame, gesamtstaatliche Verantwortung von Bund und Ländern – jeder mit seinen Schwerpunkten und Aufgaben. Entscheidend ist aber, dass wir das gesamtstaatliche Interesse gemeinsam voranbringen und uns nicht in Kompetenzstreitigkeiten blockieren.

Bund und Länder tragen gemeinsam dafür Verantwortung, Deutschland zum Bildungsland Nummer eins zu machen. Dieses Ziel müssen wir zusammen schultern.

Das sehen wir an vielen Beispielen: Beim qualitätsvollen Ausbau der Unter-Dreijährigen-Betreuung, bei der Frage, wie können wir gerade Familien mit Kindern steuerlich entlasten um den Bürgern zu ermöglichen, selbst auch mehr für Bildung zu investieren.

Es wird eine gemeinsame Kraftanstrengung sein, deutlich mehr Studienplätze in Deutschland zu schaffen und die Ausgaben für Weiterbildung auf ein international vergleichbares Niveau zu heben.

Gerade wenn wir die Spitzenkräfte in Deutschland halten und die besten Köpfe gezielt fördern wollen: Dann brauchen wir zum Beispiel ein nationales Stipendienprogramm – auch dieses Anliegen können wir erfolgreich nur umsetzen, wenn Bund und Länder gemeinsam und auf einer Augenhöhe zusammenarbeiten.

Gesamtstaatliche Verantwortung heißt aber nicht Zentralisierung! Was wir brauchen ist eine bessere Abstimmung – dezentral, transparent und weniger bürokratisch. Mein Vorschlag ist es, die Kultusministerkonferenz im Sinne der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) zu einer schlanken und kraftvollen Gemeinsamen Bildungskonferenz (GBK) fortzuentwickeln. Ziel ist eine Mitfinanzierungs- und Gestaltungsverantwortung von Bund und Länder über die gesamte Bildungskette.